

Dringlichkeitsantrag

des Klubobmanns Dominik Oberhofer und Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb betreffend:

Saubere Politik

Transparenzrichtlinien für Rechenschaftsberichte aller Parteien, Teil- und Vorfeldorganisationen und Bünde, Landtagsklubs und –fraktionen

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert umfassende Transparenzrichtlinien für die Rechenschaftsberichte, welche Einnahmen und Ausgaben aller Parteien, Teil- und Vorfeldorganisationen und Bünde, Landtagsklubs und -Fraktionen enthalten müssen, festzulegen.“

Zuweisungsvorschlag:

Im Falle der Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge dieser Antrag gem. §27 Abs. 3 GO-LT dem Ausschuss für **Rechts-, Gemeinde- und Raumordnung** sowie dem Finanzausschuss zugewiesen werden.

Begründung

Aufgrund jüngster Vorfälle steht die Politik in Österreich stark in der Kritik. Es ist eine Bestätigung dafür, dass Transparenz auch in der Politik oberste Priorität haben muss. Es braucht somit dringend umfassende Transparenz in den Rechenschaftsberichten.

Derzeit können Steuerzahler_innen Einnahmen und Ausgaben von Teilorganisationen und nahestehenden Organisationen nicht nachvollziehen. Daher sollen künftig neben den territorialen Gliederungen auch inhaltliche Gliederungen der Partei, wie etwa vereinsrechtlich eigenständiger

Teilorganisationen sowie der Partei nahestehende Organisationen verpflichtet werden, ihre Einnahmen und Ausgaben auszuweisen. Um Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, soll es im Rechenschaftsbericht eine klare Auflistung von Partei- und Klubförderungen und eine Liste der Teil- und Vorfeldorganisationen veröffentlicht werden. Außerdem sollen im Rechenschaftsbericht künftig auch die Einnahmen und Ausgaben der Bezirks- und Gemeindeorganisationen gesondert ausgewiesen werden.

Für eine anständige Politik muss die Zielsetzung auf Schaffung von transparenten und bindenden Regeln liegen. Nur so können Lücken von Misstrauen beseitigt und Steuerzahler_innen ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Steuergeld gewährleistet werden.

Die **Dringlichkeit** wird aufgrund der politischen Krise auf Bundesebene und der anstehenden Neuwahlen des Nationalrates im Herbst dieses Jahres begründet. Nur durch mutige und nachhaltige Maßnahmen im System kann das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückgewonnen werden.



Innsbruck, am 27. Juni 2019